

T-01 Vorschlag zur Tagesordnung

Gremium: Präsidium Bundesfrauenrat

Beschlussdatum: 22.03.2019

Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung * Formalia

1 **Vorschlag zur Tagesordnung**

2 **Samstag 4.5.2019**

3 **09:30 Uhr** Registrierung

4

5 **10:00 Uhr**

6 **TOP 1 Begrüßung und Formalia**

7 Gesine Agena, stellvertretende Bundesvorsitzende und Frauenpolitische Sprecherin

8

9 **10:30 Uhr**

10 **TOP 2 Lesbische Sichtbarkeit**

11 **Podiumsdiskussion**

12 Ina Rosenthal, Frauenpolitische Sprecherin LaVo Berlin

13 Dr. Insa Eschebach, Leiterin Gedenkstätte Ravensbrück

14 Stephanie Kuhn, Journalistin

15 Ulle Schauws, MdB, Sprecherin für Frauenpolitik und Queerpolitik

16 Moderation: Marion Lüttig, Präsidium Bundesfrauenrat

17 Beschlussfassung

18

19 **12:00 Uhr Pause**

20

21 **13:00 Uhr**

22 **TOP 3 Grundsatzprogramm**

23

24 Annalena Baerbock, Bundesvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen

25 Arbeit in Kleingruppen

26

27 **14:30 Uhr Pause**

28

29 **15:00 Uhr**

30 **Inputs zum Zwischenbericht des Grundsatzprogramms**

31

32 Dr. Antje Schrupp, Journalistin

33 Barbara Unmüßig, Vorstandin Heinrich-Böll-Stiftung

34 Dr. Meltem Kulaçatan, Goethe Universität Frankfurt am Main

35

36 Diskussion

37

38 **18:00 Uhr**

39 **TOP 4 Sicherung des Berufsstands der Hebammen**

40 Inputs

41 Martina Schulze, Hebammenverband Brandenburg e.V. – „Situation in der
42 Geburtshilfe“

43 Kirsten Kappert-Gonther, MdB – „Grüne Antworten“

44 Diskussion

45 Beschlussfassung

46

47 **19:00 Abendessen**

48

49 **Poetry Slam mit Svenja Gräfen**

50 **Party**

51

52 **Sonntag 5.4.2019:**

53 **Beginn 9.30 Uhr**

54

55 **9:30 Uhr TOP 5 Parität in Parlamenten**

56 Diskussion mit

57 Britta Haßelmann, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

58 Bundestagsfraktion

59 Ursula Nonnemacher, MdL, Fraktionsvorsitzende Brandenburg

60 Prof. Dr. Maria Wersig, Präsidentin Deutscher Juristinnenbund

61 Beschlussfassung

62 (dieser TOP ist nicht presseöffentlich)

63 **11:00 Uhr**

64 **TOP 6 Wahlen des Präsidiums des Bundesfrauenrates**

65

66 **12:30 Uhr TOP 7**

67 **Berichte**

68

69 **13:00 Uhr**

70 **TOP 8 Verschiedenes**

71

72 **13:30 Uhr Ende**

L-01 Gemeinsam für lesbische Sichtbarkeit - LGBTIQ*-Frauen stärken

Gremium: Präsidium Bundesfrauenrat, Sprecherinnen BAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 11.04.2019
Tagesordnungspunkt: L Lesbische Sichtbarkeit

1 Die Frauenbewegung hat vieles erreicht. Sie ermöglicht eine zunehmend bessere Teilhabe und
2 Empowerment von Frauen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen. Als kraftvolle Bewegung
3 standen und stehen Frauen und Lesben auch heute Seite an Seite für Feminismus und eine
4 geschlechtergerechte Gesellschaft. Doch noch zu oft gehen die Forderungen wie auch die
5 Sichtbarkeit lesbischer Frauen in allgemeinen, feministischen Zielsetzungen unter. Lesbische
6 Frauen sind von Beginn an Teil der LSBTIQ*-Emanzipationsbewegung und der Frauenbewegung,
7 doch sie mussten und müssen oftmals gegen Marginalisierung ankämpfen. Deswegen stehen wir
8 gemeinsam ein für mehr Sichtbarkeit von lesbischer Geschichte, Kultur und Leben und gegen
9 die Marginalisierung und Diskriminierung lesbischer Frauen.

10 Wenn in öffentlichen Debatten von homosexuellen Menschen gesprochen und geschrieben wird,
11 sind mehrheitlich schwule Männer präsent. Sie werden weit häufiger interviewt oder
12 fotografiert, etwa wenn es um aktuelle Debatten wie die "Gay Pride"-Paraden oder die
13 Eheöffnung geht. So entsteht ein gesellschaftliches Bild von "Homosexualität = schwul".
14 Lesbische Frauen werden mit ihren Themen folglich marginalisiert, selbst wenn es etwa um die
15 Rechte von Regenbogenfamilien geht, die zu über 90% aus lesbischen Frauenpaaren bestehen.
16 Und auch das Gedenken an die lesbischen Opfer des Nationalsozialismus' wird weitgehend aus
17 dem öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ausgeklammert und beim Gedenken nicht
18 erwähnt.

19 Bis heute greifen hier patriarchale Strukturen, in denen Frauen und Lesben nicht mitgedacht
20 werden, auch weil es viele Menschen gibt, die sie nicht mitdenken wollen. Wir wollen diese
21 Denkmuster nachhaltig durchbrechen.

22 Der Bundesfrauenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich solidarisch für die Rechte aller
23 Frauen ein, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Identität, Religion, Hautfarbe,
24 Behinderung, Alter, ihrem sozialen Status oder der Herkunft.

25 Die Rechte lesbischer, bisexueller, trans* und intersexueller sowie queerer Frauen sind für
26 uns unverhandelbare und universelle Frauenrechte. Sie umzusetzen ist unser gemeinsames
27 feministisches Anliegen. Wir sehen uns als Teil einer internationalen Frauen- und
28 Lesbenbewegung und stehen solidarisch an der Seite aller, die sich international für die
29 Rechte von lesbischen, bisexuellen und trans* und intersexuellen sowie queeren Frauen
30 einsetzen.

31 Wir treten für die tatsächliche, intersektionale und umfassende Umsetzung der Frauenrechte
32 ein. Denn Frauenrechte sind Menschenrechte!

Sorgerecht und Regenbogenfamilien

34 Für uns sind alle Familien gleich. Wenn wir allerdings die aktuelle Debatte zum sogenannten
35 Abstammungsrecht und die damit einhergehenden Eltern-Kind-Zuordnungen (Stichwort:
36 Sorgerecht) genau betrachten, wird sehr schnell klar, dass es trotz der Ehe für Alle noch
37 keine Gleichberechtigung gibt. Die aktuelle Rechtslage stellt Kinder, die in
38 gleichgeschlechtliche Ehen oder Partnerschaften hineingeboren werden, schlechter. Ihnen

39 fehlt die Rechtssicherheit durch zwei rechtliche Elternteile. Lesbischen Paaren wird so
40 weiterhin die Möglichkeit verwehrt, von der Geburt des Kindes an gemeinsam die Sorge zu
41 übernehmen. Das wollen wir ändern. Familie ist immer schon mehr als lediglich
42 Blutsverwandtschaft. Ein Festhalten an dieser rein biologistischen Sichtweise diskriminiert
43 darüber hinaus auch Pflege- und Adoptivfamilien.

44 Es muss das Wohlergehen des Kindes im Mittelpunkt stehen, das unabhängig von der sexuellen
45 Orientierung der Eltern ist.

46 **Angemessenes Gedenken**

47 Lesbische Frauen wurden oft als sogenannte "Asoziale" in den Konzentrationslagern grausam
48 ermordet, als "Umerziehungsmaßnahme" zur Prostitution gezwungen oder in Psychiatrien
49 gefoltert und weggesperrt. Im Nachkriegsdeutschland wurde darüber hinaus etlichen Müttern
50 das Sorgerecht entzogen, weil sie lesbisch liebten. An all diese Frauen muss in der
51 deutschen Gedenkkultur erinnert werden. Wir wollen diese Frauen nicht vergessen.

52 Wir wollen uns ausdrücklich dafür einsetzen, dass eine zeitgemäße Gedenkkultur auch die
53 historische und wissenschaftliche Erforschung und Aufarbeitung der Geschichte lesbischer,
54 trans*, bi- und intersexueller sowie queerer Frauen beinhaltet, die während des
55 Nationalsozialismus und in der späteren Rechtsprechung im Nachkriegsdeutschland verfolgt und
56 diskriminiert wurden. Damit dies möglich wird, braucht es ausreichend Mittel für die
57 Forschung und Schaffung von Gedenkkultur.

58 Gemeinsam werden wir uns für mehr Sichtbarkeit, Gerechtigkeit und Gedenkkultur von
59 lesbischen, trans*, bi- und intersexuellen sowie queeren Frauen einsetzen.

H-01 Geburtshilfe stärken – Hebammenberuf sichern

Gremium: Präsidium Bundesfrauenrat, Sprecherinnen BAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 11.04.2019
Tagesordnungspunkt: H Sicherung des Berufsstands der Hebammen

1 Geboren mit Hilfe einer Hebamme – dieser Slogan der Hebammenverbände macht es deutlich: Alle
2 brauchen Hebammen – mindestens einmal in ihrem Leben.
3 Hebammen sind unverzichtbar für einen guten Start ins Leben. Sie sind entscheidend dafür,
4 dass Frauen und Familien frei entscheiden können, wie und wo sie ihr Kind zur Welt bringen.

5 Deswegen muss die Geburtshilfe gestärkt und der Hebammenberuf gesichert werden. Vielfalt und
6 Qualität in der Begleitung und Betreuung von werdenden Müttern, Familien und Kindern müssen
7 erhalten werden.

8 Damit Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung für Frauen und ihre Familien gewährleistet
9 werden, wollen wir Hebammen in ihrer verantwortungsvollen Berufsausübung stärken, den Beruf
10 strukturell aufwerten, damit attraktiver machen und so den Berufsstand der Hebammen
11 erhalten.

Hebammenberuf absichern

12 Wir setzen uns für eine bessere und angemessene Bezahlung ein, die alle Tätigkeiten
13 berücksichtigt und der großen Verantwortung auch gerecht wird.
14

15 Zusätzlich brauchen Hebammen einlangfristig tragbare Lösung der Frage der
16 Haftpflichtversicherung: Die Berufshaftpflicht für Gesundheitsberufe sollte nach den
17 Prinzipien der gesetzlichen Unfallversicherung umgestaltet werden. Denn steigende Kosten bei
18 den Haftpflichtprämien betreffen fast alle Gesundheitsberufe. Über diese Umgestaltung würden
19 somit die Kosten auf mehr Schultern verteilt und der Beitrag für jede einzelne Hebamme oder
20 Ärzt*in würde sinken.

Bessere Arbeitsbedingungen in den Kliniken

21 Überstunden, fehlende Ruhepausen und hebammenfremde Tätigkeiten stehen einer Zuwendung und
22 dem Eingehen auf die Bedürfnisse einer Gebärenden oft entgegen. Ausreichend Zeit für die
23 Bedürfnisse der werdenden Mütter ist für einen guten Geburtsverlauf jedoch essentiell und
24 entspricht für viele Hebammen dem Selbstverständnis ihres Berufes. Darum braucht es mehr
25 Personal.
26

27 Wir wollen, dass verpflichtende Personalschlüssel eingeführt werden, die gewährleisten, dass
28 eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch Hebammen in allen wesentlichen Phasen der Geburt
29 sichergestellt ist. Personalbemessungsinstrumente müssen so gestaltet sein, dass
30 Versorgungsempfänger vorgebeugt wird.

Spontanentbindungen fördern

31 Die moderne Medizin ist für Frauen eine Sicherheit für sich und ihr Kind, Kaiserschnitte
32 retten Leben. Es ist ein großer Erfolg der jüngeren Zeit, dass die Mütter- und
33 Säuglingssterblichkeit so stark zurückgegangen ist. In Deutschland gibt es aber eine im EU-
34 Vergleich sehr hohe Rate an Kaiserschnitten, die nicht allein mit medizinischer
35 Notwendigkeit begründet werden kann. So wird in Deutschland bereits fast jedes dritte Kind
36 mit Kaiserschnitt auf die Welt gebracht, während die Empfehlungen der
37 Weltgesundheitsorganisation bei 10-15% liegen. Wir wollen Fehlanreize für
38 Kaiserschnittgeburten beseitigen. Es braucht bundesweite Qualitätsvorgaben zur Reduktion
39

40 medizinisch nicht notwendiger Kaiserschnitte, die kontinuierlich durch ein Monitoring
41 begleitet werden. Kliniken sollten verpflichtet sein, ihre Kaiserschnitttraten und die
42 Maßnahmen zur Senkung derselben zu veröffentlichen.
43 Die Aufklärung über verschiedene Geburtsverläufe und deren Folgen soll verbessert werden.

44 **Eine Reform der Hebammenausbildung**

45 Nach den Vorgaben der EU muss der Hebammenberuf bis 2020 vollständig akademisiert werden.
46 Die Akademisierung ist die Grundlage dafür, dass Hebammen gemäß ihrer Qualifikation
47 eingesetzt und bezahlt werden.

48 Wir setzen uns dafür ein, dass diese Ausbildungsreform darauf ausgerichtet ist, Hebammen
49 besser zu stellen und sie in der interprofessionellen Zusammenarbeit zu stärken, um so die
50 Versorgungssicherheit und die Qualität in der Geburtshilfe zu erhöhen.

51 Bei dieser Reform ist zu beachten,

- 52 • dass in das Studium ein hoher Praxisanteil integriert ist, der in Kliniken, ambulanten
53 Einrichtungen und bei freiberuflichen Hebammen stattfinden soll.
- 54 • dass, die bereits ausgebildeten Hebammen gleichgestellt werden.
- 55 • dass die Expertise erfahrener Hebammen in die akademische Ausbildung integriert wird.
- 56 • dass die Erfahrungen der Hebammenschulen genutzt werden.
- 57 • dass Hebammen ohne akademische Ausbildung eine nachträgliche akademische Qualifikation
58 ermöglicht wird, ohne, dass sie ein vollständiges Studium durchlaufen müssen.
- 59 • dass für angehende Hebammen ein Wechsel in die akademische Ausbildung möglich ist.
- 60 • dass die Ausbildung interdisziplinär ausgerichtet wird und wo möglich in
61 Zusammenarbeit mit den medizinischen Fakultäten erfolgt.
- 62 • dass zudem die Länder bei der schnellen Einrichtung von Studienkapazitäten auch
63 finanziell unterstützt werden.

P-01 Die Hälfte der Macht für Frauen - Parität in den Parlamenten!

Gremium: Präsidium Bundesfrauenrat, Sprecherinnen BAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 11.04.2019
Tagesordnungspunkt: P Parität in Parlamenten

- 1 Durch die Bundestagswahl 2017 ist der Frauenanteil im Bundestag auf das Niveau von 1998,
2 etwa 30 Prozent, zurückgefallen. Von 709 Mitgliedern des Bundestages sind derzeit lediglich
3 218 Frauen. Und auch in einigen Landesparlamenten geht der Frauenanteil zurück.
4 Das liegt vor allem daran, dass in den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU (19,9 %), FDP (22,5
5 %) und AfD (10,8 %) deutlich weniger Frauen vertreten sind. Bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
6 wiederum liegt der Frauenanteil bei 58,2 %, bei den Linken bei 53,6 % und bei der SPD bei
7 41,8 %. Das zeigt: Die Frauenquote wirkt! Und je verbindlicher sie ausgestaltet ist, desto
8 besser. Aber klar ist auch, dass die Einhaltung der Frauenquote für Parteien, die
9 Abgeordnete vor allem über Landeslisten entsenden, einfacher ist.
- 10 Die sinkende Beteiligung von Frauen an parlamentarischen Debatten ist nicht der einzige
11 Rückschritt. Gleichzeitig haben wir es mit einem Erstarken von sexistischem Verhalten inner-
12 und außerhalb der Parlamente und mit einem Rollback zu tun, der sich gegen erkämpfte
13 Frauenrechte wendet.
- 14 Frauen sind in unserer Gesellschaft nach wie vor nicht gleichberechtigt beteiligt. Der Blick
15 der Politik ist in vielerlei Hinsicht bis heute ein männerdominierter Blick. Auch 100 Jahre
16 nach Einführung des Frauenwahlrechts sind wir immer noch weit entfernt von einer
17 paritätischen Repräsentanz von Frauen in Ämtern und Mandaten.
- 18 Wir Grüne kämpfen seit unserer Gründung für Frauenrechte und für mindestens die Hälfte der
19 Macht für Frauen. Nicht zuletzt verstehen wir es als politischen Auftrag, durch das
20 Grundgesetz, dafür Sorge zu tragen, dass Frauen gleichberechtigt an gesellschaftlichen und
21 politischen Debatten teilhaben. Die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen, da ist es ein
22 Gebot der Demokratie, dass sie gleichberechtigt über die Gesetze, die ihr Leben
23 beeinflussen, mitentscheiden können.
- 24 Wir Grüne haben seit 1986 das Frauenstatut verpflichtend in unserer Satzung verankert, mit
25 einer starken Mindestquotierung und vielen weiteren Instrumenten für mehr Beteiligung von
26 Frauen. Unsere Grüne Frauenquote ist ein Erfolgsrezept. Dank ihr sind bei uns so viele
27 Frauen auf allen Ebenen, in allen Gremien und Parlamenten vertreten.
- 28 Die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen kommt nicht von allein. Und bei CDU/CSU, FDP
29 und AfD ist keine Bereitschaft da, verbindliche strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, um den
30 Frauenanteil in den eigenen Reihen zu erhöhen und für eine angemessene Repräsentanz zu
31 sorgen. Selbstverpflichtungen bringen uns nicht weiter. Deswegen haben BÜNDNIS 90/ DIE
32 GRÜNEN in den verschiedenen Landesparlamenten Paritätsgesetze vorgelegt oder bereiten diese
33 vor.
- 34 Auch auf Bundesebene muss sich endlich etwas bewegen. Deswegen fordern wir ein
35 Paritätsgesetz für die Wahl zum Deutschen Bundestag. Denn wir wollen, dass alle Parlamente
36 mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.
- 37 Wir wollen, dass aus dem Parlament heraus ein wirksames Paritätsgesetz erarbeitet wird, das
38 folgende Kriterien erfüllt:

- 39 • Wir wollen echte Parität in den Parlamenten. Das bedeutet, dass es sowohl für Listen
40 als auch für Direktwahlkreise eine Quotierung geben muss, die dazu führt, dass am Ende
41 auch mindestens 50 Prozent Frauen im Parlament vertreten sind.
- 42 • Ein Paritätsgesetz muss auch die 3. Geschlechtsoption einschließen.
- 43 • Bei Nichteinhaltung des Paritätsgesetzes muss es klare Sanktionen geben.

44 Aber mit einem Paritätsgesetz oder einer Frauenquote allein ist es nicht getan. Gleichzeitig
45 sind die Parteien auch selbst gefordert, mehr Frauen für das politische Engagement zu
46 gewinnen. Um das zu erreichen, muss sich die politische Kultur in den Parteien und
47 Parlamenten ändern. Es braucht Frauen-Mentoring-Programme, Frauenräume und ein
48 Redeverhalten, das alle Menschen anspricht und niemanden ausschließt. Gleichzeitig müssen
49 Parteien dafür Sorge tragen, dass die Ausübung von Ämtern und Mandaten mit der Sorge für
50 Familie und zu pflegenden Angehörige besser vereinbart werden kann. Insbesondere im Bereich
51 der ehrenamtlichen (Kommunal-) Politik ist es eine Herausforderung, Politik, Beruf und
52 Familie zu vereinbaren. Hier haben alle Parteien noch einiges zu tun. Und auch bei uns
53 Grünen gibt es Nachholbedarf. Die Debatte über das Paritätsgesetz wollen wir als Anlass
54 nutzen, um unsere eigenen Strukturen und unsere politische Kultur – von der Bundesebene bis
55 hin zu den Kreis- und Ortsverbänden – weiter zu verbessern.